Niederschrift
zur Sitzung des Ausschusses für Stadt- und Verkehrsplanung, Wirtschaftsförderung und Umwelt der Schloss-Stadt Hückeswagen

Sitzungstermin:	26.02.2013
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:30 Uhr
Ort:	im Großen Sitzungssaal des Rathauses, Auf'm Schloß 1

An der Sitzung nahmen teil:

Vorsitzender

Fink, Horst

Mitglieder

Hager, Wilfried	
Malecha, Friedhelm	für Herrn Willi Endresz
Päper, Cornelia	
Pohl, Andreas	
Quass, Jürgen	
Sabelek, Egbert	
Schütte, Christian	
Weiß, Angelika	für Herrn Hans-Jürgen Grasemann
Welp, Gerhard	
Wolter, Michael	für Herrn Jürgen Thiel

Bürgermeister

Ufer, Uwe Bürgermeister

von der Verwaltung

Kirch, Michael	
Leidenberger, Katja	
Meier-Frankenfeld, Johannes	bis 17:45 Uhr
Persian, Dietmar	
Rath, Georg	
Schröder, Andreas	

Es fehlten:

Vorsitzender

Grasemann, Hans-Jürgen

Mitglieder

Endresz, Willi

Thiel, Jürgen

Beratende Mitglieder

Thiel, Ralf

Sachverständige

Boldt, Winfried

Der Vorsitzende begrüßt die Teilnehmer der Sitzung, die Besucher sowie die Vertreter der Presse.

Der form- und fristgerechte Eingang der Einladungen wird festgestellt.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1	Vorstellungen von Planvarianten zur temporären Verkehrsberuhigung der Bahnhofstraße	**FB III/1924/2013**
2	Durchführung einer Umfrage zur Verbesserung der Breitbandversorgung in den Gewerbegebieten Süd, West 1 und West 2	**FB III/1915/2013**
3	Mitteilungen und Anfragen	

Nichtöffentliche Sitzung

1 Mitteilungen und Anfragen

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Vorstellungen von Planvarianten zur temporären Verkehrsberuhigung der Bahnhofstraße
Vorlage: FB III/1924/2013

Die Verwaltung berichtet anhand einer Präsentation über die Ergebnisse der durchgeführten Verkehrszählungen auf der Bahnhofstraße und erläutert drei Planvarianten zur Verkehrsberuhigung. Die Präsentation ist der Niederschrift beigefügt.

Der Vorsitzende dankt der Verwaltung für die detaillierte Analyse.

Einvernehmlich fordern alle Fraktionen das Linksabbiegen von der Bahnhofstraße in die Islandstraße zu ermöglichen. Es wird ergänzend der Wunsch vorgetragen, die Mittelinsel auf der Bahnhofstraße zu entfernen und gegebenenfalls das Beet am Wilhelmplatz zu verändern, um so ein besseres Abbiegen zu gewährleisten.

Die Verwaltung gibt zu bedenken, dass es sich bei der Bahnhofstraße um eine ausgewiesene Bundesstraße handele und Entscheidungen über Veränderungen daher von Straßen NRW und dem Straßenverkehrsamt vorgenommen würden. Konkret sei zurzeit keine entsprechende Genehmigung zum Abbau der Mittelinsel zu erwarten. Die Verwaltung wird aber diese Frage erneut an den Landesbetrieb richten.

Die Verwaltung berichtet ferner über die Kosten der jetzt vorgesehenen verkehrsberuhigenden Maßnahmen, die sich zwischen 15.000,00 und 35.000,00 Euro belaufen würden, je nach Ausführung. Herr Schröder weist darauf hin, dass das geplante Provisorium durchaus einige Jahre bestehen bleiben werde. Dies sei immer in Abhängigkeit von der Fertigstellung der äußeren Ortsumgehung zu sehen.

Die Anregung von Frau Margitta Westerweck vom 19.06.2012, zur Nutzung der Bahnhofstraße bzw. des Bahnhofsplatzes werden vom Ausschuss abgelehnt. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Nachricht an Frau Westerweck, zu richten.

Beschluss:
Der Ausschuss für Stadt- und Verkehrsplanung, Wirtschaftsförderung und Umwelt nimmt Kenntnis.

zu 2 Durchführung einer Umfrage zur Verbesserung der Breitbandversorgung in den Gewerbegebieten Süd, West 1 und West 2
Vorlage: FB III/1915/2013

Die Verwaltung berichtet über das Ergebnis der Unternehmensbefragung zum

Stand der aktuell nutzbaren Breitbandverbindungen in den Gewerbegebieten Süd, West 1 und West 2. Das Ergebnis ist in der Sitzungsvorlage zum TOP dargestellt.

In der sich anschließenden Diskussion wird seitens der Verwaltung auf die Möglichkeit einer besseren Versorgung über das Programm Company Connect der Deutschen Telekom aufgezeigt. Die Verwaltung vertritt die Ansicht, es sei nicht Aufgabe der Kommunen, der Telekom die Infrastruktur zu finanzieren.

Die Verwaltung legt im Weiteren dar, dass der Rücklauf der Befragung nur sehr verhalten ausgefallen ist. Insofern sei anscheinend für viele Betriebe das Problem nicht so gravierend. Ergänzend wird auf die vergleichsweise geringe Höhe der fehlenden Mittel („Deckungslücke“) hingewiesen. Würden sich alle Unternehmen in gleicher Weise an einer Finanzierung der fehlenden Mittel beteiligen, wäre der Kostenbeitrag für die einzelnen Unternehmen sehr überschaubar.

Aus dem Ausschuss wird kritisiert, dass der ländliche Raum immer wieder, z. B. bei der Versorgung mit leistungsfähigen Breitbandinfrastrukturen, benachteiligt sei. Auch sei eine Versorgung via LTE kaum hilfreich, da durch die allgemeine Begrenzung der Downloadvolumina, die Unternehmen diese Technik nicht angemessen nutzen könnten.

Auf den Hinweis, dass die Ver- und Entsorgungsinfrastruktur bei der Errichtung neuer Baugebiete regelmäßig durch Verwaltung und Versorgungsträger geplant würde, erläutert die Verwaltung, dass jeweils im Vorfeld der Baumaßnahmen entsprechende Gespräche mit den Versorgungsträgern stattfinden würden.

Beschluss:
Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

zu 3 Mitteilungen und Anfragen

Die Verwaltung berichtet über Planungen der Gesellschaft „Das Bergische gGmbH“ einer Tochterinstitution der Naturarena, die seit geraumer Zeit die Ausweisung des Vorsperrenrundweges als einen - insbesondere für Familien zu nutzenden „Streifzug“ - hervorheben möchte.

Die Planungen zur Qualifizierung dieses Weges wurden durch zwei Mitarbeiter der Verwaltung über einen Zeitraum von ca. anderthalb Jahren begleitet, es wurden Abstimmungsgespräche geführt, Ortsbegehungen vorgenommen und Kostenvoranschläge eingeholt. Nun sei durch Das Bergische mitgeteilt worden, dass die Finanzverwaltung die Umsatzsteuerpflichtigkeit für diese Tätigkeit erklärt hat. Im Gesamtprojekt fehlen daher 300.000 EURO.

Im Ergebnis können daher an der Wuppervorsperre die sog. Erlebnisstationen nicht mehr eingerichtet werden, schlussendlich wird man sich auf das Aufstellen einiger weniger Hinweisschilder zurückziehen.

Die Verwaltung lässt keinen Zweifel daran aufkommen, dass eine derartige Abwicklung des Projekts als unprofessionell und als eine Verschwendung von Arbeitszeitressourcen angesehen wird.

Für die Richtigkeit:

Datum: 14.03.2013

Horst Fink	Johannes Meier-Frankenfeld Schriftführer

Kenntnis genommen:

Bürgermeister o.V.i.A.